



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Entwicklungsausschuss

2012/2092(BUD)

19.9.2012

STELLUNGNAHME

des Entwicklungsausschusses

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2013 – Alle Einzelpläne
(2012/2092(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Gay Mitchell

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass die weltweiten Entwicklungsmaßnahmen 2013 maßgeblich bestimmen werden, ob die Millenniums-Entwicklungsziele 2015 erreicht werden können; erinnert den Rat an die Verantwortung der EU gegenüber ihren Entwicklungspartnern und die eindeutigen Verpflichtungen, die die EU-Geberländer sowohl individuell als auch kollektiv im Bezug auf ihre Beiträge zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern eingegangen sind; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, mit Unterstützung der Kommission konkrete Termine für das Erreichen des Ziels von 0,7 % des BIP für die Entwicklungshilfe festzusetzen;
2. widersetzt sich entschieden den vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen der Verpflichtungen um mehr als 50 Mio. EUR und der Zahlungen um mehr als 150 Mio. EUR in Bezug auf das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI); vertritt die Auffassung, dass es für die Glaubwürdigkeit der EU als bedeutender und verlässlicher Entwicklungspartner entscheidend ist, angemessene Finanzmittel bereitzustellen, die es der EU erlauben, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmen der gemeinsam vereinbarten laufenden mehrjährigen Planung eingegangen ist;
3. hebt hervor, dass die begrenzten EU-Hilfsmittel möglichst effektiv verwendet werden müssen; unterstreicht, dass die EU inzwischen als weltweit führend in Bezug auf Effektivität und Transparenz der Hilfe angesehen wird, einschließlich messbarer und umfangreicher Ergebnisse in Form spürbarer Verbesserungen hinsichtlich der Lebensumstände von Millionen Menschen in den Entwicklungsländern;
4. erachtet bezüglich des Haushaltsplans mehr Flexibilität als wesentlich, damit die Union wirksam auf die neuen weltweiten Herausforderungen reagieren kann, da mehr Flexibilität im Hinblick auf eine bessere Mittelzuweisung im Kooperations- und Entwicklungsbereich von entscheidender Bedeutung ist;
5. hält vor allem die vorgeschlagenen Kürzungen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung für besorgniserregend, da es sich hier um entscheidende Bereiche für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele handelt; weist darüber hinaus darauf hin, dass strukturelle Maßnahmen in Bezug auf Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Ernährung ebenso wie konkrete Maßnahmen, um der Landaneignung Einhalt zu gebieten, wesentlich sind, um integratives und nachhaltiges Wachstum zu fördern und zu verhindern, dass sich Nahrungsmittelkrisen in gefährdeten Regionen wie der Sahelzone und am Horn von Afrika Jahr für Jahr wiederholen;
6. bekräftigt die Notwendigkeit, auf Unions- und internationaler Ebene Vorschriften für Wirtschafts- und Finanzinstitutionen festzulegen, um die Volatilität der Märkte und der Preise einzudämmen, insbesondere in Bezug auf Nahrungsmittel, sowie die Notwendigkeit, Verfahren einzuführen, um die Einkünfte aus kurzfristigen

Finanzspekulationen zu besteuern, und die derzeitigen Maßnahmen zur Beseitigung von Finanz- und Steueroasen zu verstärken;

7. bekräftigt seine feste Überzeugung, dass die Finanzmittel für den Klimaschutz zusätzlich zu der geplanten Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des DCI bereitgestellt werden müssen; warnt den Rat davor, durch Kürzung der Finanzmittel für die Umwelt und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen die Beiträge der EU zu einer Reihe wichtiger Initiativen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung des Zugangs aller zur Energie zu gefährden, insbesondere bezüglich der Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ unter Führung der Vereinten Nationen und der von der EU selbst gestarteten Initiative „Globale Allianz gegen den Klimawandel“;
8. warnt, dass die vorgeschlagenen Kürzungen der Finanzmittel für nichtstaatliche Akteure und lokale Gebietskörperschaften in den Entwicklungsländern ein nachdrückliches negatives Signal in einer Phase senden werden, in der die EU ganz im Gegenteil ihre Unterstützung für diese Akteure, die einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 auf lokaler Ebene leisten, bekräftigen sollte;
9. versteht, dass die EU gegenüber den Menschen und in Bezug auf den demokratischen Übergang in ihren südlichen Nachbarländern ihre Unterstützung bekunden muss; betont allerdings, dass dies nicht zu Lasten der mehrjährigen Verpflichtungen der Union gegenüber den Entwicklungsländern gehen sollte, die Finanzmittel im Rahmen des DCI erhalten; hebt insbesondere hervor, dass die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Palästina, Afghanistan, Irak, Iran und Jemen die politischen Gegebenheiten völlig außer Acht zu lassen scheinen und die entscheidende Rolle der EU bei der langfristigen Stabilisierung und Entwicklung jeder dieser Regionen missachten;
10. lehnt die vorgeschlagenen Kürzungen der Verwaltungsausgaben im Rahmen des DCI und der humanitären Hilfe ab; unterstreicht, dass sowohl zentral als auch in Bezug auf die Delegationen der EU im Ausland Personal, technische Hilfe, Kontrolle, Bewertung und Rechnungsprüfung in adäquatem Umfang wesentlich sind, um strengste Standards bezüglich der Umsetzung zu wahren, und dass die betreffenden Kürzungen, auch wenn sie kurzfristige Einsparungen ermöglichen, reale Risiken hinsichtlich der Qualität des Finanzmanagements der EU-Hilfe beinhalten.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	18.9.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 23 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Michael Cashman, Véronique De Keyser, Leonidas Donskis, Charles Goerens, Catherine Grèze, Eva Joly, Filip Kaczmarek, Patrick Le Hyaric, Miguel Angel Martínez Martínez, Gay Mitchell, Norbert Neuser, Maurice Ponga, Jean Roatta, Birgit Schnieber-Jastram, Alf Svensson, Keith Taylor, Eleni Theocharous, Patrice Tirolien, Ivo Vajgl, Anna Záborská
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Isabella Lövin
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	María Irigoyen Pérez, Claudiu Ciprian Tănăsescu